Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 11. April bis 5. Juni 2019[28]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
12. April 2019	Informeller ER (Art 50)	Verschiebung des Austrittsdatum Großbritanniens aus der EU Die Staats- und Regierungschefs der EU-27 vereinbarten einen Aufschub für den Brexit bis zum 31. Oktober 2019. Dieser Beschluss wurde im Einvernehmen mit dem Vereinigten Königreich (VK) gefasst. Dementsprechend nahm das VK auch an den Wahlen zum Europäischen Parlament teil.
16. April 2019	EP	Stärkung der Finanzaufsichtsbehörden der Union Die Abgeordneten verabschiedeten eine Verordnung zur Stärkung der Finanzaufsicht der Union. Ziel ist es, sowohl den Verbraucherschutz zu verbessern als auch die Geldwäsche zu bekämpfen. Die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA) wird nun über direkte Aufsichtsbefugnisse in bestimmten Finanzsektoren verfügen, und die Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA) kann Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung erlassen.
9. Mai 2019	Informeller ER	Gipfeltreffen in Sibiu über die Zukunft einer Union der 27 Die Staats- und Regierungschefs der EU-27 (Brexit-bedingt ohne VK) diskutierten anlässlich des Europatags über die nächste strategische Agenda der EU für den Zeitraum 2019–2024. Die strategische Agenda wird herangezogen, um die Arbeiten des Europäischen Rates zu planen, und dient als Grundlage für die Arbeitsprogramme der übrigen Organe der EU. In der Erklärung von Sibiu einigten sich die EU-27 auf 10 Verpflichtungen: Stärkung der EU-Einheit, gegenseitige Solidarität, gemeinsame Lösungen, Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Ergebnisse erzielen, wo es wichtig sei, Gewährleistung von Gerechtigkeit, nötige Mittel zur Zielerreichung, Generationensicherung, Schutz der Bürgerinnen und Bürger, Europas globale Führungsrolle. Schwerpunkte der strategischen Agenda 2019 – 2024 sind: • Schützendes Europa: Die Arbeit an einer effizienten Europäischen Sicherheitsunion muss fortgesetzt und eine echte europäische Verteidigungsunion auf den Weg gebracht werden. An die Steuerung der Migration soll Europa aktiver herangehen. Notwendig ist ein gemeinsames nachhaltig

[28] Autorinnen: Sylvia Gloggnitzer und Veronika Floegl (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		funktionierendes europäisches Asylsystem sowie die rasche Arbeitsmarkteingliederung von Personen mit Schutzstatus. • Wettbewerbsfähiges Europa: Der Binnenmarkt als zentraler Pfeiler der europäischen Integration hat zu Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum sowie zahlreichen Vorteilen für die Unionsbürger geführt. Es gilt, den Binnenmarkt in all seinen Aspekten auszubauen, zu modernisieren und umzusetzen. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen mehr in Forschung und Innovation sowie wichtige europäische digitale Kapazitäten investieren. Die EU soll sich grundsätzlich auf Maßnahmen mit einem klaren europäischen Mehrwert konzentrieren, um eine Überregulierung zu vermeiden. • Nachhaltiges Europa: Europa muss den Übergang zu einer ressourceneffizienteren Kreislaufwirtschaft durch die Förderung von grünem Wachstum, Bioökonomie und nachhaltigen Innovationen vollziehen. Das Potenzial der Energieunion gilt es optimal auszuschöpfen unter Wahrung der sozialen Rechte und der gemeinsamen Werte, auf denen die Europäische Union beruht. • Einflussreiches Europa: Auf internationaler Ebene muss Europa eine Führungsrolle übernehmen. Eine gestärkte internationale Rolle des Euro bedeute auch mehr wirtschaftliche und währungspolitische Souveränität Europas.
16. Mai 2019	Eurogruppe	Schwerpunkte: • EK-Frühjahresprognose: Die Eurogruppe führte einen Gedankenaustausch über die wirtschaftliche Lage des Euro-Währungsgebiets und erörterte die wichtigsten politischen Herausforderungen auf der Grundlage der Wirtschaftsprognose der Europäischen Kommission. Laut der neuen EK-Frühjahresprognose soll die europäische Wirtschaft 2019 im siebten Jahr in Folge wachsen, wobei in allen EU-Mitgliedstaaten mit einem realen BIP-Zuwachs gerechnet wird, jedoch geringer als erwartet. Laut Erwartung der Kommission wird die Wirtschaft des Euroraums in diesem Jahr nur 1,2 % (gegenüber 1,3 % laut EK-Winterprognose von 7. Februar 2019) wachsen. Für 2020 rechnet man mit 1,5 % (gegenüber 1,6 % laut Winterprognose) Wachstum. Das Wachstum wird voraussichtlich im Jahr 2020 wieder ansteigen. Für Österreich werden 1,5 % für 2019 und 1,6 % für 2020 erwartet. • Griechenland: Informiert wurde über bereits implementierte Budgetmaßnahmen, wie beispielsweise Steuererleichterungen und Maßnahmen im Pensionssystem. Der Direktor des Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) Klaus Regling befürwortete eine vorzeitige Rückzahlung an den IWF, damit die Schuldennachhaltigkeit Griechenlands sich verbessere. In der nächsten Eurogruppe im Juni wird der dritte Bericht zur verstärkten Überwachung Griechenlands vorgestellt.

17. Mai 2019	ECOFIN Rat	Schwerpunkte: • Europäisches Semester 2019: Annahme der Schlussfolgerungen des Rates zur eingehenden Überprüfung und Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen. Im Rahmen der Tiefenanalyse 2019 weisen 13 Mitgliedsstaaten Ungleichgewichte auf, 3 davon (GR, IT, CY) weisen ein exzessives Ungleichgewicht auf, bei denen die Kommission derzeit kein Verfahren eingeleitet hat. • Digitalsteuern: Vorbereitung der nächsten internationalen Treffen (OECD, G20).
23.-26. Mai 2019	EP	Wahlen des Europäischen Parlaments vom 23. – 26. Mai 350 Millionen Wahlberechtigte Europäerinnen und Europäer der 28 EU-Mitgliedstaaten wählten insgesamt 751 Mitglieder des Europäischen Parlaments (MEPs), welche sie bis 2024 in der EU vertreten werden. Die Wahlbeteiligung stieg EU-weit von 43 % bei den letzten Europawahlen 2014 auf 51 %. In Österreich stieg die Wahlbeteiligung auf 60 % gegenüber einer Wahlbeteiligung von 45 % bei der EP Wahl 2014. Die stimmenstärkste Partei ist die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) mit 179 Mandaten (7 Österreicher). Die Sozialdemokraten (S&D) kommen auf 153 Sitze (5 aus Österreich), die liberale ALDE – auf 109 (1 aus Österreich), die Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz stellt 69 Abgeordnete (2 aus Österreich) sowie die Fraktion Europa der Nationen und Freiheit (ENF) 58 Mandatare (3 aus Österreich). Aufgrund der Mandatsverluste von EVP und S&D geht sich eine große Koalition nicht mehr aus: Erstmals seit 40 Jahren erreichen EVP und S&D zusammen keine absolute Mehrheit mehr. Sie kommen zusammen auf 332 Mandate, 376 wären dafür notwendig. Am 2. Juli findet die konstituierende Plenartagung des neu gewählten Parlaments statt. Die Abgeordneten wählen die Präsidentinnen und Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie deren 14 Vizepräsidentinnen und Präsidenten.
28. Mai 2019	Informeller ER	Aussprache zum Wahlergebnis der Europawahlen 2019 Bei diesem Gipfel wurde das Nominierungsverfahren für fünf Spitzenpositionen in den EU-Institutionen eingeleitet. Präsident Donald Tusk wurde beauftragt, Konsultationen mit den EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament aufzunehmen. Damit soll die Grundlage für Beschlüsse auf dem EU-Gipfel am 20./21. Juni geschaffen werden.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

14. April 2019	IWF	Frühjahrstreffen des IWF und der Weltbank/39. Treffen des IMFC Vom 11. April bis 14. April 2019 fand die IWF Frühjahrestagung in Washington statt. Das IMFC Abschlusscommuniqué betont das anhaltende gute globale Wachstum, dessen Fortsetzung auch für 2020 erwartet wird. Als Abwärtsrisiken werden weiterhin steigende handels- und geopolitische Spannungen gesehen, weiters Verwundbarkeiten in den Finanzsektoren einzelner Länder insbesondere vor dem Hintergrund geringer fiskalischer Handlungsspielräume und historischen Höchstständen der Staatsverschuldung. Das IMFC befürwortet eine flexible und wachstumsfreundliche Fiskalpolitik. Es gilt, Buffer aufzubauen, wo sie gebraucht werden, und die richtige Balance zwischen Schuldennachhaltigkeit einerseits und Nachfragestärkung sowie soziale Ziele andererseits zu finden. Ferner betont das IMFC die Wichtigkeit eines widerstandsfähigen internationalen Währungssystems mit flexiblen Wechselkursen; von kompetitiven Abwertungen wird Abstand genommen. Zur Ankurbelung von Wachstum und Beschäftigung mahnt das IMFC die notwendigen Reformen insbesondere im Bereich der Finanzsektoren und der Governance voran zu treiben. Hinsichtlich des Abschlusses der 15. Quotenreform und der Revision der Quotenformel wird auf die seit längerer Zeit bestehenden unveränderten thematischen Eckpfeiler sowie die hinlänglich bekannten Fristen (Abschluss im Herbst 2019) verwiesen.
14. bis 24. Mai 2019	IWF	Österreich, Artikel IV-Konsultation Vom 14. Mai bis 24. Mai 2019 fand die Art IV Konsultation durch ein Delegationsteam des IWF, geleitet von Mr. Jeffrey Franks statt. Aufgrund der politischen Ereignisse rund um die geplanten Neuwahlen im September 2019 wurde die diesjährige Mission nicht abgeschlossen, sondern wird nach der Bildung der neuen Regierung fortgeführt werden (geplanter Staff Visit vorrausichtlich im Dezember 2019). Im Zuge der diesjährigen Konsultation fanden wieder Gespräche mit hochrangigen Vertretern aus Ministerien und Behörden (Bmasgk, BMF, FMA), mit österreichischen Finanzinstituten (RBI, EGB, OeNB) sowie mit diversen Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Interessensvertretungen (WKÖ,ÖGB, IHS, WIFO) statt. In einem Interimsstatement lobte der IWF die gute wirtschaftliche Entwicklung Österreichs, die fiskalische Entwicklung und die verbesserte Situation des österreichischen Bankensektors. Der IWF forderte zur Weiterführung des fiskalpolitischen und finanzpolitischen Pfades auf. Verbesserungsbedarf sah der IWF insbesondere in einem zu geringen Umfang der geplanten umweltpolitischen Maßnahmen. Bezüglich anstehender Reformen der Bankenaufsicht und der Statistik Austria mahnte der IWF zur Vorsicht. Die Presseaussendung des IWF ist abzurufen unter: https://www.imf.org/en/News/Articles/2019/05/24/pr19183-austria-statement-by-an-imf-mission

20. Mai 2019	IWF	2016 Borrowing Agreements - Proposed One-Year Extension of Terms Am 20. Mai 2019 hat das Exekutivdirektorium des IWF den Beschluss gefasst, die entsprechend der Rahmenvereinbarung 2016 mit den Teilnehmerländern abgeschlossenen Bilateralen Kreditverträge (Bilateral Borrowing Agreements, BBA) um die im Rahmenvertrag vorgesehene Verlängerungsfrist von maximal einem Jahr (bis 31. Dezember 2020) zu verlängern. Hintergrund des Beschlusses zur BBA Verlängerung ist die 15te Quotenreform, die aufgrund des Widerstandes der USA zur Sicherstellung ihrer Sperrminorität ohne Ergebnis (keine Quotenerhöhung und keine Revision der Quotenformel) abgeschlossen werden muss. Um die Ressourcenadäquanz des IWF sicher zu stellen wurde Managing Director Lagarde damit beauftragt, eine Erhöhung der Mittel der New Arrangements to Borrow (NAB) mit den Teilnehmerstaaten zu verhandeln. Vor dem Hintergrund steigender Risken im globalen Wirtschaftssystem dient die Verlängerung der BBA bis Ende 2020 der Überbrückung und Sicherstellung der Ressourcenadäquanz des IWF bis zur weiteren Beschlussfassung über die NAB Erhöhung. Die OeNB hat bilaterale Kreditverträge lautend auf 6,13 Mrd EUR (rd 5 Mrd SZR) gezeichnet. Das Direktorium der OeNB hat der Verlängerung der Inanspruchnahmefrist (um 1 Jahr bis 31.Dezember 2020) mit Beschluss vom 7. Mai 2019 bereits zugestimmt. Derzeit haben sich 40 Länder im Rahmen der BBA verpflichtet, dem IWF im Bedarfsfall Finanzmittel iHv rd. 317 Mrd SZR zur Verfügung zu stellen.
21. Mai bis 4. Juni 2019		Erste Mission des österreichischen IMF Financial Sector Assessment Programs 2019 Von 21.Mai bis 4.Juni fand die erste Mission des österreichischen FSAPs 2019, die von Fabiana Melo und Laura Valderrama geleitet wird, statt. Im Rahmen dieser ersten Mission wurden rund 110 Treffen mit Experten der OeNB, FMA, BMF sowie Marktteilnehmern abgehalten. Der österreichische FSAP fokussiert generell auf folgende Aspekte: (1) Risiken des Finanzsektors: Quellen, Wahrscheinlichkeit und Effekte von makrofinanziellen Risiken in Österreich mit besonderem Fokus auf den Immobiliensektor; Banken-Stresstest; Analyse des Stresstesting-Rahmenwerks für Versicherungen; (2) regulatorischer und aufsichtlicher Rahmen: Effektivität der Bankenaufsicht mit Fokus auf Less Significant Institutions und Diskussion der Aufsichtsreform; Versicherungsaufsicht; makroprudenzielle Aufsicht: Beurteilung des Rahmens und der Maßnahmen; (3) Management einer Finanzkrise: spezifische nationale Maßnahmen für Banken und Versicherungen (inkl. Abwicklung); (4) Bestimmungen zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung: Fortschritt seit der letzter FATF-Überprüfung (2016). Die zweite FSAP-Mission wird von 3.-19.September stattfinden. Die Diskussion der Ergebnisse im IWF Executive Board ist für Anfang Jänner 2020 geplant.